Niederschrift

über die 60. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 12.11.2013, von 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zimmer 123)

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 24.09.2013 und 08.10.2013
4. Beteiligung der Stadt Haldensleben am Teilentschuldungsprogramm STARK II
Vorlage: 304-(V.)/2013
5. Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge für die Unterhaltung von öffentlichen Gewässern II. Ordnung der Stadt Haldensleben - Vorlage: 306-(V.)/2013
6. Vorstellung Haushaltsplanentwurf der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2014
7. Mitteilungen
8. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 24.09.2013 und 08.10.2013
10. Grundstücksangelegenheiten - Vorlage: 308-(V.)/2013
11. Mitteilungen
12. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 4 Mitglieder des Ausschusses sowie Herr Schiefer, sachkundiger Einwohner, anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

(Stadtrat Wolfgang Rehfeld kommt 17.05 Uhr hinzu – damit sind 5 Ausschussmitglieder anwesend.)

Stadträtin Regina Blenkle, die als Gast teilnimmt, beantragt Rederecht. In der nächsten Woche und zwar am 19.11.2013 werde der Wirtschafts- und Finanzausschuss erneut tagen (die Einladung dazu wurde bereits versandt). Dieser Termin ist nicht Bestandteil des Sitzungsplanes.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher und Stadtrat Hermann Ortlepp weisen darauf hin, dass der Termin 19.11. ein außerplanmäßiger sei und dem Ausschuss schon lange genug bekannt sei.

Amtsleiterin Wendler hatte darüber rechtzeitig informiert, dass für die Haushaltsdebatte der 12.11. und der 19.11.2013 vorgesehen werden sollten. Die Ausschussmitglieder hatten sich damit einverstanden erklärt.

Kernaussage sei, dass die Sitzung am 19.11. nicht Bestandteil des Sitzungsplanes ist, so Stadträtin Blenkle. Normalerweise müssen diese Planungen auch vom Stadtrat genehmigt werden. Der Bürgermeister müsste das wissen. Sie lege offiziell Beschwerde ein, zumal in der nächsten Woche auch noch der Bauausschuss tagt. Ausschussvorsitzender Mario Schumacher unterbricht Stadträtin Blenkle. Er möchte erst einmal über den Antrag von Stadträtin Blenkle abstimmen lassen. Er fragt, ob Stadträtin Regina Blenkle in dieser Ausschusssitzung Rederecht erhalten soll oder nicht.

Ein Ausschussmitglied stimmt der Erteilung eines Rederechts zu. Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit werden die Tagesordnungspunkte entsprechend der Einladung abgehandelt.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 24.09.2013 und 08.10.2013

Zum öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen am 24.09.2013 und 08.10.2013 bestehen keine Einwände.

zu TOP 4 Beteiligung der Stadt Haldensleben am Teilentschuldungsprogramm STARK II Vorlage: 304-(V.)/2013

Amtsleiterin Wendler führt aus, dass das Teilentschuldungsprogramm STARK II dazu dienen soll, die Kommunen zu entschulden und dadurch finanzielle Spielräume für die Zukunft zu schaffen. Dieses Programm ist anwendbar bei Krediten, deren Zinsbindungsfristen im Zeitraum vom 01.04. 2010 bis zum 31.12.2016 auslaufen. Bei der Stadt Haldensleben läuft zum Jahresende 2013 ein Kredit aus, so dass Haldensleben dieses Programm in Anspruch nehmen könnte. Am Tag der Ablösung eines Darlehens wird ein einmaliger Tilgungszuschuss in Höhe von 30 % der Darlehenssumme zum Zeitpunkt der Ablösung gewährt. Im Gegenzug muss sich die Stadt zu einer jährlichen Berichterstattung über ausgewählte Indikatoren verpflichten. Der Restbetrag wird mit einem verbilligten Zinssatz an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt umgeschuldet. Die Investitionsbank kontrolliert bestimmte Parameter. Die Verwaltung habe versucht zu vergleichen, wie es aussieht, wenn der Kredit ganz normal umgeschuldet werden würde, also zu Marktkonditionen, und wie es aussehen würde, wenn dieses Programm in Anspruch genommen und diese Parameter nicht erreicht werden würden. Es wurde vom ungünstigsten Fall ausgegangen, wobei die Verwaltung nicht davon ausgehe, dass Haldensleben diese Parameter nicht erreicht. Zur Beurteilung des Sachverhaltes wurden Vergleichsrechnungen vorgenommen (Übersicht siehe Beschlussvorlage Seite 2). An der Übersicht wird deutlich, dass das Teilentschuldungsprogramm in jedem Fall in Anspruch genommen werden sollte. Selbst für den Fall, dass in jedem Jahr ein Zinsaufschlag zum Tragen kommen würde, ergibt sich immer noch eine Ersparnis im Vergleich zu einer marktüblichen Umschuldung. Sie bittet die Ausschussmitglieder, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

(Während der Ausführungen von Amtsleiterin Wendler kommt Stadtrat Ralf W. Neuzerling hinzu, somit sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.)

Da in jedem Fall, ob negativ oder positiv, die 140.000 € in die Stadtkasse fließen und dadurch der Haushalt geringer belastet wird, ist die Inanspruchnahme des Teilentschuldungsprogramms zu begrüßen, meint Stadtrat Gunter Ranzinger.

Stadtrat Hermann Ortlepp hinterfragt, welche Parameter eingehalten werden müssen, um den Strafzinssatz zu vermeiden und wie oft könnte das vorkommen.

Das sei im Moment schwer einschätzbar. Die IB werde die Parameter noch mit der Stadt abstimmen, sollte die Stadt das Teilentschuldungsprogramm in Anspruch nehmen. Deshalb sei die Verwaltung erst einmal vom ungünstigsten Fall ausgegangen, erklärt Amtsleiterin Wendler.

Stadtrat Hermann Ortlepp sei aufgefallen, dass der Zinssatz bei einer Laufzeit von 5 Jahren derselbe ist wie bei einer Laufzeit von 10 Jahren (siehe Seite 2 Beschlussvorlage).

Dann werde das auch so der Fall sein, antwortet **Amtsleiterin Wendler**. Es könne auch noch nicht gesagt werden, ob die IB sagt, die Stadt müsse in 5 Jahren oder in 10 Jahren zurückzahlen. Das sei alles noch offen. Sie persönlich würde für 5 Jahre plädieren.

Wenn die 2,5 % Zinsen die einzige Sanktion seien, dann bräuchte man nach Auffassung von **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** keine Parameter. Die Stadt würde 140.000 € einsparen, ob sie die Parameter einhält oder nicht.

Die 140.000 € würde die Stadt ohnehin einsparen und wenn sie die Parameter einhält, dann spart die Stadt noch mehr ein, macht **Amtsleiterin Wendler** deutlich. Weil, wie gesagt, die Parameter nicht eingeschätzt werden können, wurde vom ungünstigen Fall ausgegangen.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen dem Stadtrat, der Beteiligung der Stadt Haldensleben am Teilentschuldungsprogramm STARK II zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

zu TOP 5 Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge für die Unterhaltung von öffentlichen Gewässern II. Ordnung der Stadt Haldensleben - Vorlage: 306-(V.)/2013

Nach Auffassung des Ausschussvorsitzenden sei die Beschlussvorlage eindeutig. Die Umlage, die die Stadt bisher an den Unterhaltungsverband Untere Ohre aus Steuermitteln tätigen musste, soll jetzt auf die Umlageschuldner (Eigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzer eines im Gemeindegebiet gelegenen zum Verbandsgebiet gehörenden Grundstücks) umgelegt werden.

Die Garbe in Hundisburg ist ein Gewässer II. Ordnung. **Stadtrat Josef Franz** interessiert, welche Kosten auf ein Grundstück mit 500 qm zukommen.

Herangezogen werden nicht nur Grundstücke, die unmittelbar an Gewässer II. Ordnung angrenzen, sondern alle Grundstücke des Stadtgebietes, so **Dezernent Otto**. Die Beträge werden in der Regel für kleinere Grundstücke im einstelligen Eurobereich liegen, ansonsten in einem mittleren zweistelligen Bereich für große Grundstücke. Das ergibt sich aus der Gesamtdarstellung. Im vergangenen Jahr habe die Stadt etwa 120.000 Euro an den Verband an Beitrag zu zahlen gehabt. Diesen Betrag habe der Verband gegenüber der Stadt Haldensleben geltend gemacht. In der Satzung wurde auf der Grundlage der Kosten aus 2012 der Umlagesatz festgesetzt (siehe § 6). Der Umlagesatz müsse jedes Jahr neu festgesetzt werden.

Stadtrat Josef Franz und **Stadtrat Hermann Ortlepp** merken an, dass die ihnen vorliegende Satzung nicht vollständig sei, so dass sie den § 6 nicht nachvollziehen können.

Dezernent Otto schlägt vor, den TOP auf die nächste Sitzung zu verschieben. Bis dahin werde allen Ausschussmitgliedern die Satzung komplett zur Verfügung gestellt.

zu TOP 6 Vorstellung Haushaltsplanentwurf der Stadt Haldensleben für das Haushaltsjahr 2014

Stadträtin Regina Blenkle, als Gast anwesend, beantragt, ihr beim TOP 6 (Haushaltsplanentwurf 2014) Rederecht zu erteilen.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher merkt an, dass Frau Blenkle bereits einen Antrag auf Rederecht gestellt hatte und dieser abgelehnt wurde.

Stadträtin Regina Blenkle hatte konkret einen Antrag auf Rederecht zu der Thematik „Tagesordnung“ gestellt. Dieser Antrag bezog sich nicht auf die weiteren Tagesordnungspunkte.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher sehe das anders. Wenn man einmal einen Antrag auf Rederecht in dieser Sitzung gestellt hat und dieser abgelehnt wurde, dann gelte das für die gesamte Sitzung. Er müsse dann nicht noch einmal über den Antrag abstimmen lassen.

Bürgermeister Eichler und Dezernent Otto können nicht bestätigen, dass Stadträtin Regina Blenkle einen Antrag auf Rederecht konkret zu der Thematik „Tagesordnung“ gestellt habe.

Den Antrag von Stadträtin Regina Blenkle habe Ausschussvorsitzender Mario Schumacher so verstanden, dass dieser für die gesamte Sitzung gelte und so habe er auch abstimmen lassen. Er möchte jetzt in der Tagesordnung fortfahren und erteilt Amtsleiterin Wendler das Wort.

Amtsleiterin Wendler teilt mit, dass den Stadträten der Haushaltsplanentwurf vor ca. 14 Tagen zur Verfügung gestellt wurde. Er ist sehr umfangreich. Zur Verfahrensweise schlägt sie vor, dass sie erst einmal anhand einer Präsentation die wichtigsten Eckkennziffern des Haushaltes 2014 (siehe Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf 2014) vorstellt und dann gemeinsam die Investitionen durchzugehen. Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden, so dass Frau Wendler entsprechend verfährt.

Zu den vorgestellten Eckdaten gibt es seitens der Ausschussmitglieder folgende Anfragen:

Beim Haushaltsplan 2013 wurde für die Folgejahre ab 2015 ein Plus geplant. Laut dem Haushaltsplan 2014 würde sich auch über 2014 hinaus ein Minus ergeben. Stadtrat Hermann Ortlepp fragt, ob das mit den Schlüsselzuweisungen zusammenhängt oder ob es dafür noch andere Gründe gibt.

Amtsleiterin Wendler bestätigt, dass ein Grund dafür die Schlüsselzuweisungen sind. Die Aufwendungen sind so geblieben oder mehr geworden in verschiedenen Positionen (z.B. Personalausgaben), aber dem gegenüber sind die Erträge nicht gestiegen. Deshalb sei der Haushaltsausgleich schwierig.

Die Erhöhung der Personalkosten um rund 1,3 Mio. € resultiere zum einen aus den Tarifierpassungen und zum anderen durch das neue KiföG. Des Weiteren erhalte die Stadt Haldensleben 2 Mio. € weniger Zuweisungen. Das sind in Summe schon 3,3 Mio. €, die Haldensleben weniger an Einnahmen habe, so Bürgermeister Eichler.

Stadtrat Gunter Ranzinger fragt nach dem Verschuldungsgrad von Süplingen.

Am 31.12.2013 betrage die pro Kopf Verschuldung von Süplingen 881,66 €, antwortet Amtsleiterin Wendler. Wobei auch Süplingen eine Teilentschuldung nach Stark II vornimmt, ergänzt Bürgermeister Eichler.

Stadtrat Gunter Ranzinger hinterfragt, wie sich die Personalkosten durch die Übernahme von Süplingen gestalten. Für Süplingen sind 406.800 € Personalkosten zu planen, so Amtsleiterin Wendler.

Nach Auffassung von Stadtrat Gunter Ranzinger habe die Stadt Haldensleben ökonomisch gesehen durch die Eingemeindung von Süplingen absolut nichts gewonnen.

Bürgermeister Eichler denke, dass das Ganze in der nächsten Sitzung klarer wird, wenn sich der Ausschuss mit dem Gebietsänderungsvertrag beschäftigt. Wenn man der Argumentation von Stadtrat Ranzinger folgen würde, hätte Haldensleben überhaupt keine Gemeinde eingemeinden dürfen.

Heute sei die Situation aber eine ganz andere, meint Stadtrat Gunter Ranzinger. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem negativen Jahresergebnis von ca. 1,5 Mio. € ab. Das habe Haldensleben die ganzen Jahre nicht gehabt. Die Stadt wolle jetzt eine Gemeinde übernehmen, die Schulden in Höhe von 881€ pro Kopf aufweist.

Süplingen bringe nicht nur Schulden ein, sondern auch Werte, entgegnet der Ausschussvorsitzende.

Lt. Aufstellung STARK II-Programm gehe Süplingen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.074,03 € bei einem Schuldenstand von 1.076.000 € hervor, erwähnt Stadtrat Ralf W. Neuzerling.

Amtsleiterin Wendler meine, dass diese Zahlen sicherlich zu einem anderen Stichtag ermittelt wurden. Die Unterlagen, die die Stadträte erhalten, sind auch wieder stichtagbezogen (Stichtag 31.12.2013). Es wird zwischenzeitlich getilgt, so dass die Zahlen nicht identisch sind.

Stadtrat Hermann Ortlepp kommt auf die Hebesatzunterschiede Haldensleben – Süplingen zu sprechen. Darnals hatten sie empfohlen, für die Grundsteuer A 300 Euro und für die Grundsteuer B 380 anzusetzen. So wur-

den die Hebesätze auch in der Aufstellung ausgewiesen. Im Vorbericht steht aber, dass die Grundsteuer A von 260 auf 330 und die Grundsteuer B von 360 auf 400 erhöht wird.

Amtsleiterin Wendler teilt mit, dass in der letzten Ausschusssitzung von den Stadträten empfohlen wurde, die Grundsteuer A von 260 auf 330 und die Grundsteuer B von 360 auf 400 zu erhöhen und mit diesen Zahlen habe die Verwaltung im Haushalt weiter gerechnet. Die Liste ist davor erstellt worden.

Amtsleiterin Wendler geht sodann auf die Investitionsübersicht (Seite 325 – S. 362) ein und stellt die geplanten Investitionen vor.

(Stadtrat Tim Teßmann kommt gegen 18.15 Uhr hinzu – 7 Ausschussmitglieder anwesend.)

Zu den Investitionen werden von Seiten der Ausschussmitglieder folgende Anfragen gestellt:

Stadtrat Gunter Ranzinger - S. 327 Erwerb Gewerbegrundstücke – Convent - Im Kaufvertrag stehe eine Summe in Höhe von 630.000 €. Diese vermisse er im Haushalt.

Amtsleiterin Wendler merkt an, dass der Haushaltsplan ein fließender Prozess ist und wenn es neue Erkenntnisse gibt, werden diese eingearbeitet. Der Haushaltsplan wurde am 17.10. fertiggestellt und zu dem Zeitpunkt war der Kenntnisstand noch ein anderer.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling - S. 327 Veräußerung von Grundstücken – Hier waren für 2012 = 136.757 € und für 2013 = 90.400 € eingeplant. Für 2014 sind 293.500 € geplant und für die Folgejahre 200.000 €– wie kommt hier der große Sprung zustande? Gibt es für das Jahr 2014 schon Vorverträge?

Amtsleiterin Wendler antwortet, dass im Jahr 2014 noch Grundstücke aus dem Bebergrund verkauft werden sollen und für die kommenden Jahre bezieht sich diese Position auf die Werderstraße - 2. TA.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling interessiert, ob es sich bei den Zahlen um Prognosen handelt oder ob es schon Voranfragen für die Grundstücke gibt. Es gibt sogar schon für die Werderstraße (2. TA) Kaufanträge, wisse Bürgermeister Eichler.

2012 und 2013 hatte die Stadt keine Grundstücke in nennenswertem Umfang zu verkaufen; der Bebergrund war noch nicht so weit und die Grundstücke Werderstraße (1. TA) waren schon verkauft. Deshalb sind die Zahlen in den Jahren 2012 und 2013 relativ niedrig, erklärt **Dezernent Otto**.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling – S. 332 – Jugendherberge – Sind die 24.000 € für den Bau einer weiteren Erdhöhle vorgesehen?

Diese Position ist zu streichen. Da weitere Schlafhütten nicht zum Tragen kommen, sei auch keine Ausstattung erforderlich, führt **Amtsleiterin Wendler** aus.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling – S. 338 – Schlüsseldepots für die Feuerwehren. Ihm sei aufgefallen, dass Süplingen fehlt. Hat Süplingen keine Feuerwehr oder hat Süplingen schon ein Depot?

Ob Süplingen über ein Schlüsseldepot verfügen könne **Amtsleiterin Aust** nicht sagen.

Amtsleiterin Wendler ergänzt, dass bei einem Umfang von 1.600 Euro die Stadt das sicherlich noch leisten könne, sollte dies notwendig werden.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling - S. 342 – OT Süplingen – Ersatzneubau Sportvereinshaus – In einem Ausschuss hieß es, dass für das Vereinshaus Geld von der Versicherung ausgezahlt werde. Müsste die Summe hier nicht eingestellt werden?

Dies verneint **Amtsleiterin Wendler**. Versicherungsleistungen sind keine investiven Mittel. Das Geld wird ergebniswirksam, ist aber noch nicht Bestandteil des Haushaltsplanes.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling - S. 345 – Erschließung Burganlage im Landschaftspark – Handelt es sich hier um die Burg der Windenknechte?

Dezernent Otto stellt richtig, dass es sich um die Burganlage innerhalb des Landschaftsparks hinter dem Kloster in Richtung Familienfriedhof Nathusius handelt. Diese ist Bestandteil des Förderprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Althaldensleben“.

Stadtrat Hermann Ortlepp kommt auf die *Grundstücksverkäufe* zurück. Bei Grundstücksverkäufen wurde in den letzten Jahren Wert auf Erbbaupacht gelegt. Ist das aufgegeben worden? Sollen jetzt alle Grundstücke verkauft werden?

Die Stadt benötigt die Einnahmen, aber wenn jemand auf ein Erbbaurecht besteht, stehe dem auch nichts im Wege, legt **Amtsleiterin Wendler** dar.

Beim Durcharbeiten des Vorberichtes sei **Stadtrat Hermann Ortlepp** aufgefallen, dass die Einnahmen im *Innovationszentrum* 2013 noch 70.000 € betragen und ab 2014 nur noch 36.000 €. Was ist der Grund dafür? **Bürgermeister Eichler** gibt zur Antwort, dass es im Innovationszentrum einen Mieter weniger gibt.

Weiterhin habe **Stadtrat Hermann Ortlepp** festgestellt, dass ab 2014 regelmäßig auch die *Gewinnausschüttung von der Wobau* genommen werden soll. Das war vorher selten der Fall. Darüber müsse noch der Aufsichtsrat befinden, räumt **Bürgermeister Eichler** ein.

Stadtrat Gunter Ranzinger - S. 260 *Seifenfabrik* – Die Sanierung der Seifenfabrik sollte nur dann weiter verfolgt, wenn die Experimentierklausel zum Tragen kommt. Dann sollten 30.000 € im Haushalt eingestellt werden. Jetzt sind im Haushalt 116.000 € eingestellt worden.

Bürgermeister Eichler erklärt, dass die Experimentierklausel keine Anwendung finden wird. Sie sei aus bestimmten Gründen gescheitert.

Die Frage von **Stadtrat Gunter Ranzinger** zielt auf die Beschlussfassung einer außerplanmäßigen Ausgabe ab, wie sie der Stadtrat im Sommer dieses Jahres beschlossen hat, schildert **Dezernent Otto**. Den Stadträten liegt jetzt der Haushaltsplanentwurf für 2014, für den mittelfristigen Zeitraum vor und da die Anwendung der Experimentierklausel leider nicht zur Durchführung gelangt, schlägt die Verwaltung vor, das Vorhaben nunmehr in der Regelform, nämlich mit einem Drittelfinanzierungsanteil durch die Stadt, durchzuführen, weil das Vorhaben an sich im Interesse der Stadtentwicklung sein dürfte.

Grundgedanke war, so **Stadtrat Gunter Ranzinger**, dass der Anteil der Stadt nicht in voller Höhe wirksam werden sollte. Insofern könne er sich nicht damit identifizieren, dass im Haushaltsplan für 2014 116.000 € eingestellt worden sind.

Dezernent Otto denke, dass man sich damit identifizieren können muss oder nicht. Das ist die Frage, die sich jeder Stadtrat stellen müssen, wenn der Haushaltsplan zur Beschlussfassung steht. Die Verwaltung hatte versucht, die Experimentierklausel zur Anwendung zu bringen, war guter Dinge, das ist leider torpediert worden. Die Stadt ist jetzt in der Situation, dass man auf herkömmlichem Wege mit dem Drittelanteil der Stadt das Vorhaben trotzdem ermöglichen sollte. Das Gebäude sollte nicht abgerissen werden. In Haldensleben gibt es vergleichsweise wenig historische Bausubstanz, die einen eigenen Charme habe und die Seifenfabrik gehört zweifelslos dazu. Auch von der Unteren Denkmalbehörde werde die Seifenfabrik als besonders erhaltenswert eingeschätzt. Deshalb habe die Verwaltung das Vorhaben, zumal der Vorhabenträger an dem Vorhaben festhält, wenn es finanzierbar ist, im Haushalt eingestellt. Der Stadtrat muss darüber befinden, ob er es auch unter den jetzt für die Stadt ungünstigeren Konditionen gleichwohl beschließt und den Weg freimacht oder ob dieses Gebäude abgerissen wird und für die Stadt verloren geht.

Stadtrat Hermann Ortlepp müsse **Dezernent Otto** Recht geben. Der Stadtrat müsse neu entscheiden, ob das Vorhaben unter den jetzigen Bedingungen weitergeführt wird.

Wenn **Stadtrat Ralf W. Neuzerling** den damaligen Ausführungen von **Stadtrat Resch** zum Sportplatz Lindentallee folgen möchte, dann müsse erst einmal der alte gefasste Beschluss durch den Stadtrat aufgehoben werden, bevor der neue gefasst werden kann. Dies müsste zur nächsten Stadtratssitzung vorbereitet werden.

Im vorliegenden Fall gibt es eine neue Situation. Wie bekannt, so **Bürgermeister Eichler** könne der damals gefasste Beschluss aus bestimmten Gründen nicht umgesetzt werden. Nun habe der Stadtrat zu entscheiden, ob er für die beiden Vorhaben, denn es betreffe nicht nur die Seifenfabrik, sondern auch das geplante Demenzzentrum in Althaldensleben, den normalen Weg gehen will.

Zum Haushaltsplan an sich merkt **Ausschussvorsitzender Mario Schumacher** abschließend an, dass eine Vielzahl von Investitionen auf die Folgejahr verschoben, zum Teil auch gestrichen wurden. **Amtsleiterin Wendler** habe eingangs erwähnt, dass der Haushalt ausgeglichen ist, aber nur unter der Prämisse, dass auf die Rücklage zurückgegriffen werde. Inwieweit könnte man auch für die Zukunft eventuell Gespräche führen, ob Haldensleben nicht als konsolidierungsfähig angesehen werden könne.

Amtsleiterin Wendler trägt vor, dass der Haushaltsplan im Ergebnis auszugleichen ist und das Ergebnis beträgt auch in der mittelfristigen Planung immer noch 2 Mio. €, d.h., Haldensleben ist nicht in der Konsolidierung.

(Stadtrat Ralf W. Neuzerling geht um 18.35 Uhr – noch 6 Ausschussmitglieder anwesend.)

Der **TOP 7** und der **TOP 8** entfallen, es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor und es werden keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

Mario Schumacher
Ortsbürgermeister

Protokollführer